



Gemeinde Obersiggenthal

Protokoll des Einwohnerrates

Amtsperiode	2006/2009
14. Sitzung	Donnerstag, 4. Dezember 2008 19.00 Uhr, Aula Oberstufenschulzentrum
Vorsitz	Andreas Schweizer, Präsident
Protokoll	Natalie Sandmeier-Märki, Gemeindeschreiber-Stv.
Stimmzähler	– Erich Gutknecht (Ersatz für Lisa Dikk) – Denise Hunziker
Anwesend	– 38 Mitglieder des Einwohnerrates – 5 Mitglieder des Gemeinderates
Entschuldigt	– Lisa Dikk – Jörg Stumpf
Ende der Sitzung	21.55 Uhr

Behandelte Geschäfte		Seite
1	2008/120 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll	341
2	2008/121 Inpflichtnahme Peter Frey, Nussbaumen (EVP) als Mitglied des Einwohnerrates	343
3	2008/122 Einbürgerungen	344
4	2008/113 Revidierter Voranschlag 2009	347
5	2008/115 Verlängerung Pilotphase für definitive Weiterführung Jugendnetz, Projektantrag für externe Evaluation der Pilotphase	352
6	2008/123 Ersatz des schweren Rüstfahrzeuges (Pionier) der Feuerwehr; Kredit von 462'000 Franken	355
7	2008/117 Motion Erich Schmid (CVP); Varianten bei Vorlagen zur Sanierung von Quartierstrassen; Der Gemeinderat beantragt Entgegennahme als Postulat	357
8	2008/124 Sternenstrasse Ost, Nussbaumen: Strassen-, Wasserleitungs- und Kanalisationssanierung; Projekt und Kredit von 425'000 Franken	357
9	2005/164 Kreditabrechnung Sanierung Rainstrasse West (Strasse, Wasser, Abwasser)	359
10	2004/133 Postulat CVP vom 2. Dezember 2004 betreffend Schutz vor Bahnlärm; Abschreibung von der Kontrolle	360
11	2006/29 Postulat Walter Leder vom 19. Juni 2006 betreffend Schaffung eines zusätzlichen Sportplatzes in der Gemeinde Obersiggenthal; 2. Bericht	360
12	2008/116 Postulat Christa Ochsner (CVP); Attraktivitätssteigerung Hallen- und Gartenbad; Erheblicherklärung; Der Gemeinderat ist nicht bereit, das Postulat entgegenzunehmen	361
13	2008/125 Postulat Mike Weber (CVP) betr. Zusammenlegung von Kommissionen mit Nachbargemeinden; Erheblicherklärung; Der Gemeinderat ist nicht bereit, das Postulat entgegen zu nehmen	361
14	2008/126 Motion Josef Sieber (CVP) betr. tiefere und regional einheitlichere Abfallgebühren; Erheblicherklärung; Der Gemeinderat ist nicht bereit, die Motion entgegen zu nehmen.	362
15	2008/127 Umfrage	363

Andreas Schweizer, Präsident: Ich begrüße alle Anwesenden zur heutigen Einwohnerrats-sitzung. Ein besonderer Gruss gilt dem neuen Gemeindeschreiber-Stellvertreter und Sekretär unseres Rates, Herrn Stefan Ackermann. Ich heisse ihn herzlich willkommen, obwohl er noch nicht im Amt ist. Trotzdem möchte er sich einen Einblick in den Betrieb des Einwohnerrates verschaffen. Ich begrüße auch Finanzverwalter Paul Meier, der Einsitz zum revidierten Budget 2009 nimmt. Nachdem Stefan Ackermann hier sitzt, ist es klar, dass Natalie Sandmeier heute zum letzten Mal im Büro des Einwohnerrates Einsitz hat. Während vier Jahren hat sie dieses Amt ausgeführt, ohne dass sie etwas zu den Verhandlungen sagen durfte. Anschliessend hat sie die schwierige aber wichtige Aufgabe übernommen, das Entscheidende unserer Voten in ein Protokoll zu verfassen. Ohne das heutige Protokoll hat sie in dieser Zeit an 18 Sitzungen sage und schreibe 464 Seiten Protokoll geschrieben. Natalie Sandmeier ist aber nicht nur Protokollführerin, in ihrer Verantwortung liegt auch die ganze Korrespondenz des Einwohnerrates und die Vorbereitung der Sitzungen. Ich habe sie in diesem Jahr als sehr hilfsbereit, kompetent, offen und einsatzfreudig kennen und schätzen gelernt. Natalie, ich möchte dir für deinen Einsatz zu Gunsten der Gemeinde Obersiggenthal, im Besonderen für deine Arbeit im Zusammenhang mit dem Einwohnerrat, ganz herzlich danken und wünsche dir für die Zukunft – auch als Mutter – alles Gute. (Andreas Schweizer übergibt Natalie Sandmeier unter Applaus ein Geschenk). Das Blumengesteck, wurde mir in der Gärtnerei gesagt, sei lange haltbar, sodass man es auch in einem Jahr wieder aufstellen könne. So wird sie sich noch lange an uns zurück erinnern (heitere Stimmung im Saal).

Für die heutige Sitzung haben sich Lisa Dikk (SVP) und Jörg Stumpf (SP) entschuldigt. Damit sind 37 vereidigte Einwohnerräte anwesend, das absolute Mehr beträgt 19.

Lisa Dikk weilt in den Ferien, weshalb Erich Gutknecht als Stimmzähler einspringt.

Auf Ihren Tischen liegen die traditionellen Biberli, deren Verkaufserlös der Vereinigung insieme zugute kommt.

Ich frage Sie an, ob Sie mit der vorliegenden Traktandenliste einverstanden sind.

Das Wort wird nicht verlangt.

1 2008/120 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll

Andreas Schweizer: Nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist sind am 24. November 2008 folgende, dem fakultativen Referendum unterstellte Beschlüsse des Einwohnerrates vom 16. Oktober 2008, in Rechtskraft erwachsen: Gewährung eines verzinslichen Darlehens der Einwohnergemeinde Obersiggenthal an die Stiftung Alterswohnzentrum Gässliacker von 4,7 Mio. Franken.

Anlässlich der letzten Sitzung haben Sie den gelben Zettel mit den geplanten Sitzungsdaten für das nächste Jahr erhalten. Bis jetzt sind keine Einwände bekannt. Die von der FDP-Fraktion geforderte ausserordentliche Sitzung zum Thema Finanzen ist am 12. März 2009 vorgesehen. Es sind keine weiteren Traktanden vorgesehen.

Mit Brief vom 4. November 2008 hat Stefan Drack (CVP) seinen Rücktritt aus dem Einwohnerrat bekannt gegeben. Er schreibt unter anderem:

„Politisches Engagement und weitere Freiwilligenarbeit haben in den letzten Jahren oft dazu geführt, dass mir für die Familie nur wenig Zeit blieb. Nun ist für mich nach 23 Jahren Gemeindepolitik der Moment gekommen, eine Pause einzulegen. Zum einen wegen immer längeren beruflichen Auslandsaufenthalten, zum anderen weil nun die Kinder noch klein sind und wir viel gemeinsam unternehmen können.“

Für mich war die Zeit in der Jungen Liste und in der Fraktion der CVP stets spannend. Es war interessant zu diskutieren, Lösungen zu vergleichen und zu erfahren, wie sich die Gemeinde organisiert. Toll fand ich vor allem, wenn sich eine Meinung im Laufe des Abends bildete und nicht durch politische Schwergewichte vorbestimmt war.

Im Einwohnerrat erlebte ich unterschiedliche Stimmungen und stellte mir dann jeweils die Frage, ob nun ein paar wenige Wortgewandte die Debatte beherrschten oder ob die Atmosphäre auch weniger routinierte Sprecherinnen und Sprecher begünstigte. So war ich jedem Einwohnerratspräsidenten dankbar, welcher ein für grosse und kleine Dorfpolitiker geeignetes Klima zu schaffen vermochte.

Die Motivation zum Politisieren hing für mich stark mit den Entscheidungsmöglichkeiten zusammen und mit den Auskünften seitens des Gemeinderats. Demotivierend fand ich ausweichende, nichts sagende oder gar spöttische Antworten. Insbesondere weil im Plenum kaum Zeit zum Nachhaken bleibt. Viel zu einer konstruktiven Sitzung trugen hingegen kompetente und respektvolle Antworten bei.

Damit die politische Arbeit in Zukunft attraktiv bleibt, hoffe ich auf einsichtige Stimmbürger, die den Steuerfuss so akzeptieren, dass neben all den Sachzwängen auch ein Spielraum zur Entwicklung der Gemeinde bleibt. Und vom Gemeinderat wünsche ich, dass er dem Einwohnerrat wenn möglich sinnvoll abgestufte Varianten zur Wahl stellt.

Damit reiche ich meinen Rücktritt aus dem Einwohnerrat auf Ende 2008 ein und danke allen, die mich bei meiner politischen Arbeit unterstützten.“

Andreas Schweizer: Nach 23 Jahren politischer Einflussnahme danke ich dir recht herzlich für deinen Einsatz und wünsche dir für die Zukunft alles Gute und vor allem auch mehr Zeit für die Familie.

Max Läng: Ich habe nur eine Mitteilung zu machen, die sich mit der Finanzkrise befasst. Es geht dabei um die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Aargauische Pensionskasse, über die man in letzter Zeit einiges lesen konnte. Vor drei Wochen wurde im Grossen Rat der Geschäftsbericht 2007 behandelt. Es konnte von einem sehr guten Ergebnis und einer guten Performance Kenntnis genommen werden. Die Ereignisse im letzten Jahr haben jedoch kaum noch jemanden interessiert. Mehr interessierte, wie die APK im Jahr 2008 dasteht. Die APK wurde bekanntlich auf 100 % zuzüglich 15 % Schwankungsreserve ausfinanziert. Der Sinn der Schwankungsreserve ist, solche Schwankungen bei Aktien und anderen Wertschriftenanlagen auszugleichen. Der heutige Stand ist so, dass die Schwankungsreserve von 15 % bis auf 1 % aufgebraucht werden musste. Es stellte sich die Frage, welche Massnahmen z.B. in Form von Verkäufen von Immobilien oder anderen Anlagen getroffen werden müssten. Solche Massnahmen wurden von Regierungsrat Brogli jedoch ausdrücklich verneint, es seien im Moment keine Massnahmen nötig. Die Kasse sei nach wie vor gesund.

Andreas Schweizer: Ich habe keine **Neueingänge** zu verzeichnen.

Andreas Schweizer: Zum **Protokoll** vom 16. Oktober 2008, das rechtzeitig verschickt wurde, ist folgender Korrekturvorschlag von Linus Egger eingegangen: Auf Seite 335 oben fehlt im Votum von Erich Schmid ein Wort, damit der Satz Sinn ergibt. Der Satz muss heissen: „Sollte ich aber Recht bekommen und der Bau wird nicht teurer, dann kommt der Antrag zum Tragen.“ Erich Schmid ist mit dieser Änderung einverstanden. Im Original wird diese Änderung vorgenommen. Im Übrigen gilt das Protokoll gemäss § 24 Geschäftsreglement des Einwohnerrates als genehmigt.

Ich danke Natalie Sandmeier für die Abfassung des, wie sie gesagt hat, längsten Protokolls ihrer Karriere und dies noch unter grossem Zeitdruck.

Hans-Peter Uehli: Weil mir beim Durchlesen des Protokolls die unglaubliche Länge der Sitzung vom 16. Oktober 2008 von über fünf Stunden wieder voll bewusst worden ist, habe ich das Geschäftsreglement des Einwohnerrates zu Rate gezogen und darin drei interessante Paragraphen gefunden, nämlich

§ 19 Form und Umfang der Voten

Die Redner sind gehalten, sich kurz zu fassen, zur Sache zu sprechen und Wiederholungen zu vermeiden.

§ 23 Gewährleistung der Ordnung

Der Vorsitzende sorgt für eine geordnete Abwicklung der Verhandlungen und für die Beachtung von § 19 des Geschäftsreglementes. Werden diese durch ein Ratsmitglied verletzt, so hat die/der Vorsitzende diese zur Ordnung zu rufen (§ 22 GO) und ihm, wenn nötig, das Wort zu entziehen.

§ 39 Persönliche Erklärung

Jedes Mitglied des Einwohnerrates kann zu Themen von allgemeinem Gemeindeinteresse, die nicht Gegenstand der Verhandlungen sind, eine kurze persönliche Erklärung abgeben. Eine Diskussion darüber findet nicht statt.

Meine Bemerkungen zielen auf die persönliche Erklärung von Frau Eva Eliassen Vecko (SP) von 3/4 Protokollseiten und das Votum von Herrn Peter Stucki (SP) zum Alterswohnheim Gäsliacker von sage und schreibe 5/4 Protokollseiten.

Die persönliche Erklärung behandelte ein traktandiertes Thema und beinhaltete Erklärungen zu kantonalen Abstimmungen. Meines Erachtens ist es ein ungeschriebenes Gesetz im Rat, dass keine Erklärungen und Voten zu kantonalen und eidgenössischen Abstimmungen gemacht werden. Stellen Sie sich vor, wie lange die letzte Einwohnerratssitzung noch geworden wäre, wenn die FDP-Fraktion auch noch ein wenig über das Beschwerderecht oder die Regierungsratswahlen referiert hätte.

Die Mitglieder der FDP-Fraktion würden es deshalb begrüßen, wenn Du, Andreas, als Präsident gestützt auf das Geschäftsreglement hin und wieder in die Diskussion eingreifen würdest, unabhängig davon, ob der Votant auf der rechten oder linken Seite des Einwohnerratssaals sitzt.

Andreas Schweizer: Ich nehme das zur Kenntnis.

2 2008/121 Inpflichtnahme Peter Frey (EVP) als Mitglied des Einwohnerrates

Eintreten wird nicht bestritten.

Das neu gewählte Ratsmitglied wird vom Ratspräsidenten gemäss § 2, Ziffer 3 des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates in Pflicht genommen. Der Ratspräsident heisst Peter Frey im Rat herzlich willkommen.

Andreas Schweizer: Nachdem nun Peter Frey als Einwohnerrat in Pflicht genommen ist, nehmen 38 Ratsmitglieder an den Beratungen teil. Das absolute Mehr liegt bei 20.

3 2008/122 Einbürgerungsgesuche

Eintreten wird nicht bestritten.

André Kummer: Ich stelle namens der SVP-Fraktion den

Antrag,

es sei über alle Gesuche schriftlich und geheim abzustimmen.

Andreas Schweizer: Abstimmungen über Einbürgerungen werden grundsätzlich offen durchgeführt, sofern nicht mindestens ein Viertel der anwesenden Ratsmitglieder die geheime Abstimmung verlangt. Es sind heute 38 Ratsmitglieder anwesend. Für eine geheime Abstimmung sind somit zehn Stimmen nötig.

Der Vorsitzende lässt für alle Gesuche in globo die Stimmen für eine geheime Abstimmung ermitteln. Es entscheiden sich deutlich mehr als zehn Ratsmitglieder für die geheime Stimmabgabe.

Franziska Grab: Wieder einmal müssen wir feststellen, dass es bei den Einbürgerungsdossiers zwei Familien hat, bei denen sich nur der Vater mit den Kindern einbürgern lassen möchte. Anscheinend sind die Mütter der deutschen Sprache noch nicht mächtig. Wir in der SVP-Fraktion fragen uns jedoch schon, ob dann eine solche Familie wirklich integriert ist in der Schweiz. Integration heisst auch, sich sprachlich, sozial, wirtschaftlich, politisch und kulturell zurecht zu finden. Dies setzt Vertrautheit mit den Verhältnissen der neuen Heimat und Respekt vor den Grundwerten und Traditionen dieser Gesellschaft voraus. Integration ist ein fortwährender Prozess. Dieser entwickelt sich positiv, wenn sich die einheimische Bevölkerung und die Menschen, die sich integrieren wollen, gemeinsam bemühen. Wenn nur ein Elternteil eingebürgert wird, besteht die Gefahr, dass der andere Elternteil keine Veranlassung mehr sieht, die Sprache zu lernen oder an Anlässen teilzunehmen, welche die Kinder betreffen.

Wir wünschten uns für die Zukunft von der Einbürgerungskommission, dass eine Familie als Ganzes betrachtet wird. Vielleicht genügt ein Anstoss von der Einbürgerungskommission, damit der andere Elternteil auch bereit ist, sich zu integrieren, wenn nur die ganze Familie betrachtet wird.

Dieter Martin: Die Praxis der Einbürgerungen von halben Familien widerspricht nach Meinung der FDP-Fraktion dem Gedanken der Integration neuer Schweizer Bürger. Wenn ein Teil der

Familie nicht einmal unsere Sprache spricht, fragen wir uns, ob man dabei von durchgehender Integration sprechen kann. Die FDP-Fraktion möchte diesen Zustand verändern und wird sich über die künftige Umsetzung Gedanken machen.

Christa Ochsner: Sie sollten sich bewusst sein, dass wir bei Einbürgerungen von Menschen sprechen. Es kann doch nicht sein, dass wir bei laufenden Gesuchen plötzlich die Praxis ändern. Wenn der Einwohnerrat eine Praxisänderung wünscht, müsste der Einbürgerungskommission ein neues Pflichtenheft unterbreitet werden. In der Schweiz herrscht Rechtsgleichheit und wir haben keinen Einbürgerungszwang, wonach rechtlich nur die Einbürgerung ganzer Familien zulässig ist. Wir müssen jede Person einzeln beurteilen. Wenn sich eine Person auf keinen Fall einbürgern lassen will, ist es nicht richtig, diesen Entscheid dem Rest der Familie zum Verhängnis zu machen. Die Einbürgerungskommission steht geschlossen hinter den Gesuchen dieser „halben Familien“. Wir hoffen, dass auch Sie diese Gesuche unterstützen. Der Gemeinde sollten im Übrigen keine unnötigen Kosten entstehen, wenn ein abgelehnter Einbürgerungsbewerber sein Gesuch an das Bundesgericht weiterziehen sollte. Ich möchte damit auch die Gemeinde vor medialem Hohn bewahren.

Marie-Louise Nussbaumer Marty: Die Einbürgerungskommission hat zu Beginn dieser Legislatur mit den Fraktionen eine Aussprache gehabt und ihnen dort ihr Vorgehen – beispielsweise betreffend Terminen oder betreffend Einholung von Referenzen oder über die Art der Befragung - dargelegt. Dies wurde damals akzeptiert und die Einbürgerungskommission, in der ja Mitglieder aller grossen Fraktionen vertreten sind, war froh darüber, dass ihr Vorgehen von allen Fraktionen im Einwohnerrat gestützt wird.

Die betroffenen Familien wurden von der Einbürgerungskommission dahingehend informiert, dass die getrennte Einbürgerung von Familienmitgliedern in der Schweiz und folglich auch in Obersiggenthal möglich ist. In unserer Gemeinde ist es seit längerer Zeit so und Sie haben mehreren solchen Einbürgerungen in den letzten Jahren zugestimmt. Es wäre nicht fair, wenn wir dies jetzt Knall auf Fall anders handhaben würden.

Die Obersiggenthaler Praxis stützt sich auf das Bundesgericht, wonach Beschlüsse über Einbürgerungsgesuche keine rein politischen Entscheide darstellen. Sie sind vielmehr Verfügungen, mit denen individuell-konkret über Einzelpersonen befunden wird. Im Jahre 2005 hat dies das Bundesgericht anhand eines Falles einer Einbürgerung von Oberrohrdorf so entschieden. Ehegatten, die ein Einbürgerungsgesuch stellen, haben grundsätzlich Anspruch auf eine selbständige Beurteilung ihres Gesuches und bei dessen Ablehnung auf eine individuelle Begründung. Zitat: „Dies gilt jedenfalls dann, wenn die Einbürgerungsvoraussetzungen der Eheleute unterschiedlich zu beurteilen sind und diese nicht auf eine individuelle Beurteilung ihrer Gesuche verzichtet haben.“

Fazit: Wenn eine Ehegatte die Einbürgerungsvoraussetzungen erfüllt, hat er Anspruch auf eine Einbürgerung, unabhängig davon, wie stark und aus welchen Gründen der andere Ehegatte die Voraussetzungen für eine Einbürgerung nicht erfüllt. Bis heute hat das Bundesgericht keine anderen Entscheide erlassen, weshalb der Gemeinderat der Meinung ist, dass diese Praxis auch für Obersiggenthal nach wie vor Gültigkeit hat.

Walter Leder: Es mutet sich für mich etwas befremdlich an, wenn ein solches Anliegen ausgerechnet aus den Reihen der FDP kommt, die die Freiheit jedes Einzelnen so hochhält. Sollte diese individuelle Freiheit bei Einbürgerungen nicht gelten oder gilt sie nur für Schweizer aber nicht für Ausländer, die gerne Schweizer werden möchten? Das stimmt für mich nicht ganz. Was mir selber aber auch stinkt, ist, dass wir Einwohnerräte über Einbürgerungsgesuche entscheiden müssen, in die wir keine volle Akteneinsicht erhalten. Es kommt immer wieder vor, dass wir die detaillierten Akten nicht einsehen dürfen aber die Einbürgerungskommission gibt uns eine Empfehlung ab, ob wir jemanden einbürgern sollen oder nicht. Ist das nicht eine Alibi-Übung, die sich einzig auf das Vertrauen in die Einbürgerungskommission stützt? Die Einbürgerungskommission verdient unser Vertrauen natürlich, der Ablauf ist für mich aber etwas undurchsichtig. Interessantes und Wichtiges, das Grundlage für eine fundierte Entscheidung darstellt, dürfen wir nicht einsehen. Das bemängle ich.

Erich Rinderknecht: Im März 2008 haben wir das Einbürgerungsgesuch Aliju an die Einbürgerungskommission zurückgewiesen und zwar mit einem klaren Stimmenverhältnis von 32 Ja- zu 3 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung. Im Abstimmungstext steht, man habe zusätzliche, sorgfältig getätigte Abklärungen getroffen und die Familie sei sehr gut integriert. Man bezieht sich auf die Familie, doch unter Familie verstehe ich nicht nur Vater und Kinder. Die Kinder können später alleine eingebürgert werden, dagegen spricht gar nichts. Im Übrigen steht: Zitat „Sie passt sich dem hiesigen Lebensstil an und möchte ihr weiteres Leben in der Schweiz verbringen. Sie schätzen die Freiheit und die Chancengleichheit und empfinden die Schweiz als Paradies.“ Eine Frau, die nicht gleich integriert ist und nicht unsere Sprache spricht, hat keine Chancengleichheit. Kinder können auf eine Mutter auch Druck ausüben. Ich gebe dir aber recht, Christa, der Rat hat Fehler gemacht. Wir müssen die Regeln leider ändern. So darf es nicht mehr weitergehen. Der Rat muss mit der Einbürgerungskommission ein anderes Verfahren festlegen, wobei ich überzeugt bin, dass es auch zum Wohl dieser Frauen und nicht gegen sie gerichtet ist. Ich werde den Einbürgerungen mit einem sehr unguten Gefühl zustimmen.

Hans-Peter Uehli: Ich hätte es begrüsst, wenn der Vater als Einzelperson die Einbürgerung beantragt hätte und die Kinder auch, wenn sie die Voraussetzungen erfüllt haben. Im Protokoll des Gemeinderates steht über die Einbürgerung Aliju, dass sie zurückgezogen worden sei. Das ist nicht korrekt. Der Einwohnerrat hat sie zurückgewiesen.

Silvia Dingwall: Eine Einbürgerung ist eine wichtige Angelegenheit und wir haben jetzt wohl kaum die Zeit, neue Verfahrensregeln zu diskutieren. Als relativ neues Mitglied der Einbürgerungskommission schätze ich die Arbeit der Kommission sehr. Peter Imholz leitet die Kommission im Übrigen sehr korrekt und geradlinig. Ich frage mich aber, wozu wir eine Einbürgerungskommission brauchen, wenn deren Empfehlungen so kurz vor der Einwohnerratssitzung hinterfragt werden ohne der Kommission die Möglichkeit zu geben, dazu Stellung zu nehmen. Wir dürfen die Spielregeln nicht während dem Spiel ändern, das wäre nicht fair. Eine Einbürgerung ist kein Kinderspiel. Es geht um die Zukunft von Menschen in unserem Land. Wäre es fair, von den heute traktandierten Einbürgerungsbewerbern zu verlangen, dass sich alle Familienmitglieder einbürgern müssen? Nein, das wäre nicht fair und vielleicht sogar rechtswidrig. Wir hätten zumindest im Voraus über die neuen, vorgesehenen Regeln informiert werden sollen, damit wir von der Kommission dazu hätten Stellung beziehen können. Es ist fraglich, ob solche neuen Regeln überhaupt rechtskonform sind. Die Rechtsstaatlichkeit der Schweiz ist ein wichtiges Prinzip. Rechtsstaatlichkeit heisst, dass die Regeln für alle gleich gelten und nicht während dem Spiel geändert werden dürfen. Eine Ablehnung eines Einbürgerungsgesuchs wäre rekursfähig. Als Mitglied der Einbürgerungskommission würde ich mich moralisch verpflichtet fühlen, alles daran zu setzen, dass diese Familie Recht bekäme. Ich bitte Sie, den Einbürgerungen zuzustimmen.

Andreas Schweizer: Ich stelle fest, dass kein Antrag gestellt worden ist.

Christa Ochsner: Die Einbürgerungskommission ist bei dieser ganzen Diskussion im Vorfeld ausgelassen worden. Die E-Mails sind weder an den Präsidenten noch an eines der Mitglieder der Einbürgerungskommission gelangt. Es ist schade, wenn dann an der Einwohnerratssitzung auf die Einbürgerungskommission „geschossen“ wird. Bezüglich der Kinder, die sich alleine einbürgern können, steht ihnen dieses Vorgehen ab Alter 16 zu. Doch dann gehören sie nach wie vor zur Familie. Ich bitte den Rat, sich nicht rechtswidrig zu verhalten.

Dieter Martin: Ich möchte Folgendes richtig stellen: Es geht nicht darum, dass wir in irgendeiner Form die Einbürgerungskommission abstrafen. Ich habe von der Zukunft gesprochen und im Besonderen möchte ich erwähnen, dass ich alle Fraktionspräsidenten per E-Mail angeschrieben habe und das bisherige Verfahren in Frage gestellt habe. Das ist nicht die Schuld der Einbürgerungskommission, denn auch wir sind bisher dieser Praxis gefolgt.

Hans-Peter Uehli: Der Präsident der Einbürgerungskommission war sogar an unserer Fraktionssitzung, als wir darüber gesprochen haben. Es ist also nicht so, dass die Einbürgerungskommission von nichts gewusst hätte.

Bettina Lutz: Wenn wir ein Einbürgerungsgesuch ablehnen, müssen wir dies bekanntlich begründen. In diesem Fall ist der Mann wie auch die Kinder integriert. Wenn wir die integrierten Personen ablehnen, weil die Frau offenbar nicht integriert ist, hätten wir wohl ein Problem, die Ablehnung zu begründen.

Franziska Grab: Mit meinem eingangs gehaltenen Votum wollte ich nicht sagen, dass die heute traktandierten Personen nicht eingebürgert werden sollen. Wir wollten damit lediglich aussagen, dass künftig die Spielregeln überprüft werden müssen.

Patrick Hehli: Folgendes hat mich bei den verschiedenen Voten gestört: Wir sprechen von Spielregeln. Als Schweizer und Eidgenosse ist eine Einbürgerung kein Spiel. Ich bitte Sie, hier nicht von „Spielregeln“ zu sprechen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Aus Datenschutzgründen wurden aus diesem Dokument sämtliche personenrelevante Daten entfernt.

4 2008/113 Revidierter Voranschlag 2009

Eintreten wird nicht bestritten.

Andreas Schweizer: Der Gemeinderat hat anlässlich der letzten Einwohnerratssitzung angezeigt, dass der Einwohnerrat nochmals darüber befinden muss, wenn das Budget an der Urne abgelehnt würde. Sie haben den neuen Antrag rechtzeitig erhalten. Die Finanzkommission hat ebenfalls eine Sondersitzung anberaumt und dazu Stellung genommen.

Linus Egger, Präsident Finanzkommission: Sie haben die Unterlagen vom Gemeinderat mit den Änderungen des Budgets 2009 erhalten. Ich werde nur noch auf diese Änderungen eingehen.

340.434.00 Benützungsgebühren Sporthalle	Fr.	10'000
581.366.01 Sozialhilfe Ausgaben	Fr.	200'000
581.436.01 Sozialhilfe Rückerstattungen	Fr.	200'000
582.436.00 Rückerstattungen Alimenten	Fr.	-30'000
620.314.01 Strassenunterhalt Kehrplatz Breitenacker	Fr.	<u>81'000</u>
Total Einsparungen/Verschiebungen	Fr.	461'000
900.400.01 Einkommens- und Vermögenssteuern	Fr.	-360'000
Zusätzliche Abschreibungen vom 30.11.08	Fr.	101'000
Zusätzliche Abschreibungen vom 16.10.08	Fr.	<u>189'156</u>
Total zusätzliche Abschreibungen	Fr.	<u>290'156</u>

Benützungsgebühren: Sie erinnern sich, dass das Gebührenreglement angepasst wurde. Andererseits verzeichnen wir mehr Benützungen, weshalb mit rund 10'000 Franken Mehreinnahmen zu rechnen ist.

Sozialhilfe: Eine erneute Analyse der IST-Kosten zum Budget hat ergeben, dass diese Reduktionen resp. Mehreinnahmen von je 200'000 Franken im Budget berücksichtigt werden können. Dies ist jedoch nicht ganz ohne Risiko, weil die Sozialhilfe von der kommenden Wirtschaftslage abhängt, deren Auswirkungen uns noch nicht bekannt sind.

Rückerstattungen Alimente: Begründung analog Sozialhilfe

Strassenunterhalt Kehrplatz Breitenacker: Diese Position war bereits anlässlich der Oktober-Sitzung Thema. Ein Streichungsantrag wurde vom Rat abgelehnt. Aufgrund der Finanzlage macht es Sinn, diese Position nun herauszunehmen und auf später zu verschieben.

Die Reduktion von 360'000 Franken bei den Einkommens- und Vermögenssteuern entspricht den 2 % Steuerausfall, wenn wir von 100 auf 98 % Steuerfuss reduzieren müssen.

Daraus ergeben sich zusätzliche Abschreibungen von rund 300'000 Franken.

Unter Berücksichtigung der präsentierten Einsparungen zeigt das Budget bei einem Steuerfuss von 98 % einen Ertragsüberschuss von 290'000 Franken. Bei einem Steuerfuss von 96 % erreichen wir mit den Einsparungen einen Aufwandüberschuss von rund 70'000 Franken. Ein ausgeglichenes Budget ist somit nicht möglich. Die Finanzkommission stimmt den vom Gemeinderat vorgeschlagenen Budgetkürzungen zu.

Die Mehrheit der Finanzkommission folgt dem Antrag des Gemeinderates und beantragt einen Steuerfuss von 98 %.

Max Läng: Vor der Abstimmung haben wir im Gemeinderat sechs mögliche Szenarien diskutiert, nach der Abstimmung konnten wir diese auf drei reduzieren. Ich möchte Ihnen kurz erläutern, weshalb wir uns für das Szenario 3 entschieden haben:

Das **Szenarium 1** beinhaltet keine Veränderung bei Ertrag und Aufwand, der Steuerfuss wird bei 96 % belassen, was einen Aufwandüberschuss von 530'000 Franken ergeben hätte. Das Ziel des Gemeinderates ist es, weder ein neues Defizit noch neue Schulden zu generieren. Deshalb haben wir das Szenarium 1 verworfen.

Das **Szenarium 2** beinhaltet einen unveränderten Steuerfuss von 96 % und Budgetanpassungen von 461'000 Franken wie vorgestellt. Daraus resultiert immer noch ein Defizit von 69'000 Franken. Damit hätten wir das Ziel des Gemeinderates nicht erreicht, weil damit die Verschuldung wieder zugenommen hätte.

In all den Jahren, an die ich mich erinnern kann, haben wir noch nie einen Aufwandüberschuss ausgewiesen. Die laufende Rechnung war bisher immer ausgeglichen. Doch die Schuldenentwicklung bereitet uns Sorgen.

Ich möchte Ihnen etwas aus einem Auszug der Gemeindefinanzstatistik vorlesen. Die Nettoverschuldung der Aargauer Gemeinden ist innerhalb eines Jahres um weitere 28 % gesunken auf rund 186 Mio. Franken. Vor ca. 12 Jahren lag sie noch bei rund 1.2 Mia. Franken. Die Gemeinden konnten unwahrscheinlich viele Schulden abbauen und gleichzeitig den Steuerfuss senken. Von 229 Gemeinden hatten sogar 70 Gemeinden keine Nettoschulden und weitere 13 lagen ebenfalls noch unter dem kantonalen Durchschnittswert von 317 Franken pro Einwohner. Ende 2007 beträgt die Nettoverschuldung in Obersiggenthal 1'350 Franken pro Einwohner. Mit der Ausfinanzierung wird dieser Wert nochmals um etwa 1'000 Franken pro Einwohner steigen. Also Ende 2008 werden wir bei rund 2'350 Franken pro Einwohner liegen.

Ich werde immer wieder gefragt, welche Werte verglichen werden sollen, die Nettoverschuldung oder die verzinsbare Verschuldung. Wir sind der Auffassung, dass die verzinsbare Verschuldung wesentlicher ist, weil wir den Betrag von 25 Mio. Franken verzinsen müssen. Das ist Bestandteil des Budgets. Die Berechnung der Nettoschuld ist das Fremdkapital zuzüglich Spezialfinanzierung abzüglich Finanzvermögen. Was ist das Finanzvermögen? Das Verwaltungsvermögen umfasst Anlagen, die wir benötigen, um den Betrieb aufrecht zu erhalten, wie Schulhäuser oder das Gemeindehaus, was wir nicht ohne weiteres verkaufen können. Das Finanzvermögen hingegen beinhaltet die Werte, die veräussert werden könnten. Die Liegenschaften sind mit rund 4 Mio. Franken aufgeführt, was jedoch nicht bedeutet, dass wir sie auch für 4 Mio. Franken veräussern könnten. Der grösste Teil macht die Hypothek des Alterswohntentrums aus. Lediglich 700'000 Franken stellen Liegenschaften beim technischen Zentrum, der Ebni und etwas Land, das veräussert werden könnte, dar.

Beim Finanzvermögen können wir wenig realisieren. Die Aussagekraft der Nettoschulden ist also mit Vorsicht zu geniessen.

Beim **Szenarium 3** haben wir den Aufwand mit rund 461'000 Franken reduziert und einen Mehrertrag mit Steuerfuss 98 % eingesetzt, was einen Überschuss oder zusätzliche Abschreibungen von rund 290'000 Franken ergibt. Damit können wir das Ziel des Gemeinderates, kein Defizit und kein Schuldenanstieg auszuweisen, erreichen.

Die Differenz bei der Sozialhilfe ist sehr schwierig zu budgetieren. Wenn uns keine genauen Angaben vorliegen, wird immer auf das Vorjahr zurückgegriffen. Im vorigen Jahr hatten wir mehr Sozialfälle. Die wirtschaftliche Lage wirkt sich immer nur langsam aus, das wird auch bei einer kommenden Verschlechterung der Wirtschaftslage so sein. Aufgrund des IST-Zustands können wir deshalb das verbesserte Ergebnis von 400'000 Franken verantworten (200' Mehreinnahmen, 200' weniger Ausgaben). Es deutet noch nichts darauf hin, dass es nächstes Jahr schlechter wird.

Wir benötigen in der laufenden Rechnung dringend Überschüsse, damit wir die Schulden reduzieren können. Mit dem vorliegenden Antrag könnten wir dieses Ziel erreichen. Gleichzeitig möchten wir die Frage des Budgets vom Altersheim trennen. Dem Altersheim wurde bekanntlich zugestimmt. Der Gemeinderat hat im Sinn, das Geschäft des Beitrages an die Erweiterung Alterswohntentrum dem Einwohnerrat anlässlich der kommenden Juni-Sitzung nochmals zu unterbreiten.

Uschi Haag: Die SVP-Fraktion hat sich nach der Ablehnung der Steuerfusserhöhung nochmals intensiv mit dem revidierten Voranschlag 2009 auseinandergesetzt. Das klare Ja der Bevölkerung zum Kredit für das Alterspflegezentrum Gässliacker entspricht auch unserer Fraktionsmeinung. Wir sind der Meinung, dass diese Erweiterung notwendig ist. Die Finanzierung dieses Vorhabens ist mit der Ablehnung der Steuerfusserhöhung auf 100 % nun aber unmöglich geworden. Darum müssen wir nun auch konsequent sein und den Ausbau die nächsten 2-3 Jahre zurückstellen. Wir sind nicht der Ansicht, dass sich die finanzielle Lage

der Gemeinde im Frühling, also nachdem die Kommission zur Überprüfung der Finanzlage unserer Gemeinde ihre Arbeit abgeschlossen hat, wesentlich verändert haben wird. Es macht auch keinen Sinn, den Steuerfuss auf 98 % zu erhöhen. Damit senden wir das Signal aus, wonach der Beitrag an das Alterspflegeheim auch mit einem Steuerfuss von 98 % möglich ist, was nicht stimmt. Die SVP-Fraktion stellt deshalb den **Antrag, den Steuerfuss auf 96 % zu belassen**. Den Verschiebungen und Einsparungen können wir zustimmen. Das Budget 2009 weist neu nun zusätzliche Abschreibungen von 290'156 Franken aus. Wenn wir den Steuerfuss bei 96 % belassen, wäre das Budget trotz weniger Steuereinnahmen knapp ausgeglichen. Wir glauben, dass wir nur mit diesem Steuerfuss dem Willen der Bevölkerung gerecht werden.

Max Läng: Ich möchte noch folgende Ergänzung anbringen: Wie ich Ihnen bereits anlässlich der letzten Einwohnerratssitzung angedeutet habe, werden wir mit Mehreinnahmen bei den Steuern rechnen können. Mittlerweile hat sich dieses Resultat sogar noch verbessert. Die Rechnung 2008 wird damit wesentlich besser ausfallen als budgetiert.

Walter Leder: Persönlich sympathisiere ich mit dem Vorschlag der SVP. Der Stimmbürger könnte es nämlich als Zwängerei deuten, wenn wir jetzt eine Steuerfusserhöhung von 98 % beantragen, nachdem wir auch schon letztes Jahr mit 100 % bachab gegangen sind. Andererseits könnte in der Bevölkerung bei einem unveränderten Steuerfuss von 96 % der Eindruck entstehen, dass eine Steuerfusserhöhung gar nie nötig gewesen wäre. Zwei Herzen schlagen in meiner Brust. Im Sinne der Zielsetzung des Gemeinderates würden wir von der CVP-Fraktion mehrheitlich dem Antrag des Gemeinderates mit einer Steuerfusserhöhung auf 98 % zustimmen.

Ueli Zulauf: Es ist wohl niemand dazu legitimiert, das Abstimmungsergebnis vom letzten Sonntag mit letzter Gewissheit zu interpretieren. Letztlich ist alles Kaffeesatz-Lesen. Es gibt aber erhärtete Fakten. Wir haben anlässlich der letzten Budget-Sitzung festgestellt, dass eine sachliche Notwendigkeit besteht, die Steuern zu erhöhen. Die Schuldenentwicklung lässt keinen anderen Schluss zu. Im Weiteren haben wir festgestellt, dass eine sachliche Notwendigkeit besteht, das Alterswohntzentrum zu erweitern und das muss finanziert werden. Die Finanzierung dieser Erweiterung wird die Schuldenentwicklung nochmals negativ beeinflussen. Es gibt daher eigentlich nichts anderes, als dem Antrag des Gemeinderates zu folgen und eine Steuerfusserhöhung auf 98 % gutzuheissen. Haben wir den Willen des Volkes nicht respektiert? Doch, wir haben ihn respektiert, weil wir nicht nochmals dasselbe beantragen. Aber wir als Volksvertreter der Gemeinde und die wir die Fakten über die Finanzlage in der Gemeinde kennen, haben die Pflicht, dem Stimmbürger beizubringen, dass nicht immer der 5-er und das Weggli möglich ist. Die Stimmbürger haben das Recht, aus dem Bauch heraus zu entscheiden, aber wir haben dieses Recht nicht. Es gibt also nichts anderes, als dem gemeinderätlichen Antrag zuzustimmen.

Hans-Peter Uehli: Ich muss vorausschicken, dass wir keine Zeit hatten, den gemeinderätlichen Antrag in der Fraktion zu besprechen, ich gebe deshalb eine persönliche Meinung ab. Ich bin nicht dafür, dass wir eine Steuerfusserhöhung auf 98 % beschliessen sollten. Versuchen Sie mal, von den vorliegenden Zahlen Distanz zu nehmen. Vor einem Jahr haben wir von einer Steuerfusserhöhung von 102 bis 108 % gesprochen, wenn sich die Schulden nicht weiter erhöhen sollen. Nun sind die 100 % wieder abgelehnt worden, und wir sollen nun eine Steuerfusserhöhung um 2 % beantragen. Was ist die politische Botschaft dieser 2 Prozent? Wollen Sie den Stimmbürger wirklich daran gewöhnen, dass sich der Satz künftig Jahr für Jahr erhöhen wird? Lohnt es sich wirklich, nochmals eine Volksabstimmung durchzuführen, kurz nach dem wir eine Abfuhr erhalten haben, nur damit wir ein Ergebnis von 290'000 Franken ausweisen können, obwohl wir in den letzten Jahren Differenzen zwischen Budget und Rechnung von 1 bis 3 Mio. Franken ausweisen konnten? Es ist nicht so, Max, dass die verzinsbaren Schulden nicht steigen. Der Finanzplan weist aus, dass die Schulden kontinuierlich steigen werden. Von den Schulden hängt auch ab, was wir investieren. Ein solcher Zwischenschritt lohnt sich meines Erachtens nicht. Wir müssen dazu stehen, dass wir künftig einen Steuerfuss von 102 bis 108 % benötigen, um die Schulden reduzieren zu können. Nächstes Jahr werden wir noch besser begründen und die Notwendigkeit noch deutlicher zeigen müssen.

Walter Leder: 102 bis 108 Prozent? Was jetzt passiert, soll ein Fingerzeig sein für die Zukunft, dass wir uns auch in Zukunft – wenn es uns mal wieder besser geht – nicht wieder mit Steuerfuss-Senkungsforderungen aus dem rechten Lager beschäftigen müssen. Dem stimmt das Volk nämlich immer zu, wenn es weniger Steuern bezahlen muss und nach zwei bis drei Jahren müssen wir wieder eine Erhöhung von 10 % beantragen. Ich hoffe, dass es dannzumal Leute in diesem Rat haben wird, die den Finger aufhalten werden. Dann können wir wieder nicht mit den Steuern rauf, obwohl wir ausweisen könnten, dass wir das Geld bräuchten. Das Volk wird dann wieder nicht zustimmen. So geht es nicht weiter. Wir brauchen Kontinuität und eine Entwicklung, die nicht solche Bocksprünge macht.

Patrick Hehli: Schuldzuweisungen bringen jetzt wohl nichts. Jedesmal waren solche Beschlüsse mehrheitsfähig. Wir alle sollten uns an der Nase nehmen: Dadurch, dass wir immer wieder Projekte wie z.B. den Kindergarten Nuechtal in Luxusausführung bewilligen, machen wir uns in der Bevölkerung unglaubwürdig. Die Bevölkerung hat schon begriffen, dass unsere Verschuldung stetig ansteigt. Ich glaube aber, dass uns die Bevölkerung abmahnen will und uns zeigen will, dass wir bezüglich der Bewilligung zukünftiger Projekte vernünftiger handeln sollen.

Paul Vogelsang: Walter, du weisst, dass wir Steuern nicht auf Vorrat schöpfen dürfen. Wir können höchstens Schulden abbauen oder Objekte bewilligen, die man vergolden will.

Dieter Martin: Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass wir am Sonntag keine klare Ablehnung der Stimmbürger erhalten haben. 81 Stimmen zuviel haben gegen die 100 % gestimmt. Ich kann mir vorstellen, dass sich diese Leute „betupft“ fühlten, weil wir uns erlaubt haben, zwischen Budget und Beitrag Gäsliacker eine Verbindung zu machen. Das war vielleicht ein Fehler. In diesem Sinne möchte ich das Votum von Hans-Peter Uehli unterstützen und für einen vorläufigen Verbleib bei 96 % plädieren. Dann kommen wir nächstes Jahr nochmals mit einer Steuerfusserhöhung von 100 %, die wir wirklich brauchen.

Josef E. Sieber: Jemand hat gesagt, wir müssten das Volk wieder zur Abstimmung bemühen. Es sind aber sowieso Wahlen am 8. Februar 2009, also spielt eine erneute Vorlage keine Rolle. Ich verstehe die SVP nicht ganz. Irgendwie habe ich eine Forderung eurerseits von 102 % in Erinnerung. Habt ihr das wieder vergessen und kommt jetzt wieder auf 96 % zurück? Wir diskutieren jetzt um eine Erhöhung um 2 %. Das ist sehr wenig. Pro Haushalt entspricht das rund 260 Franken. Auch die 81 Stimmen Unterschied waren nicht viel. Wenn 41 Stimmberechtigte Ja gestimmt hätten, wäre der Antrag durchgekommen. Wenn jeder von uns einen Stimmberechtigten überzeugt hätte, wäre die Abstimmung positiv ausgefallen. Ich glaube deshalb, dass es gerechtfertigt ist, wenn wir nun 98 % beantragen.

Uschi Haag: Unsere Forderung im Oktober 2008 von 102 % hätte mal ermöglicht, dass wir eine Schuldensanierung hätten durchführen können. Mit 98 % kommen wir keinen Schritt weiter. Im kommenden Oktober 2009 kommen wir wieder mit 2, 3 oder 4 %. Es kann doch nicht sein, dass wir im Februar 2009 um 2 % erhöhen und im Oktober 2009 à la Salami taktik weitere Prozente beantragen müssen.

Hans-Peter Uehli: Ich hätte gerne, dass der Einwohnerrat jetzt über diesen Steuerfuss abstimmt, weshalb ich nun folgenden **Antrag** stelle:

Das vorliegende Budget wird mit einem unveränderten Steuerfuss von 96 % bewilligt.

Ich betone nochmals, dass ich dies nicht beantrage, weil wir es nicht bräuchten, sondern aus politischen Gründen.

Andreas Schweizer: Diesen Antrag brauchst du mir nicht mehr einzureichen. Denselben Antrag hat bereits die SVP eingereicht.

Max Läng: Ich möchte Hans-Peter Uehli nochmals Folgendes zu bedenken geben: Ich staune immer wieder, wie er den Finanz- resp. vor allem den Investitionsplan als feste Grösse betrachtet. Das ist doch genau Sache der Arbeitsgruppe Finanzen, mögliche Investitionen zu

überprüfen. Es ist also wenig hilfreich, wenn wir über einen Fantasie-Steuerfuss sprechen. Vielmehr ist es nun nötig, mit Investitionen zurückzufahren um dem weiteren Schuldenanstieg Einhalt zu gebieten.

Hans-Peter Uehli: Leider lagen mir keine Alternativzahlen vor, weshalb ich mich auf den vom Gemeinderat vorgelegten Finanz- und Investitionsplan konzentriert habe.

Abstimmung

Antrag des Gemeinderates mit Steuerfuss von 98 %	23
Antrag der SVP-Fraktion mit einem Steuerfuss von 96 %	15

Dem Antrag des Gemeinderates wird grossmehrheitlich **zugestimmt**.

Hauptabstimmung

Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat	Ja	22
– den revidierten Voranschlag 2009 (inkl. Eigenwirtschaftsbetriebe) mit einem Steuerfuss von 98 % und	Nein	15
– die Summe der Stellenprozente gemäss Stellenplan zu genehmigen.	Enth.	1

Andreas Schweizer: Die Anpassung des Steuerfusses unterliegt dem obligatorischen Referendum. Die Abstimmung findet am 8. Februar 2009 statt.

—

5 2008/115 Verlängerung Pilotphase für definitive Weiterführung Jugendnetz, Projektantrag für externe Evaluation der Pilotphase

Therese Schneider: Wir legen Ihnen heute zwei Anträge vor, einerseits die Verlängerung der Pilotphase um ein Jahr, andererseits die Kostengutsprache für eine externe Evaluation.

Die Jugendkommission hat aufgrund des Konzeptes aus dem Jahr 2003/2004 mit dem bestehenden Finanzrahmen Annahmen getroffen, Ziele gesetzt, umgesetzt und intern überprüft. Wir sind überzeugt, auch aus den Resultaten der Lehrerbefragung, dass wir die Dinge richtig tun und unser Team sehr gute Arbeit leistet. Das Jugendnetz ist in beiden Gemeinden anerkannt und dessen Leistung auch spürbar.

Tun wir aber auch die richtigen Dinge? Sind unsere getroffenen Annahmen richtig? Sind wir effektiv? Wir wollen uns einer externen Evaluation und dem Quervergleich mit anderen Gemeinden stellen. Der ursprüngliche Antrag an den Rat sah keine Pilotphase vor und aus diesem Grund waren die Kosten für eine solche Evaluation auch nicht budgetiert worden. Darum beantragen wir auch eine Verlängerung der Pilotphase, weil es wenig Sinn machen würde, einem Definitivum zuzustimmen, ohne Ergebnisse der Evaluation vorliegen zu haben.

Das vorliegende Konzept ist mit seinen fünf Jahren bereits ins Alter gekommen und bedarf in der sich rasch ändernden Jugendszene einer Überarbeitung und Weiterentwicklung. Unser Team hat konkrete Vorstellungen, wie eine Weiterentwicklung und Ausrichtung für die nächsten fünf Jahre aussehen könnte. Der externe Fachberater bringt weitere Impulse und prüft, bewertet und priorisiert, zusammen mit dem Team, die vorhandenen Ideen.

Für die weitere Entwicklung werden verschiedene Varianten ausgearbeitet und dem Einwohnerrat im Juni 2009 unterbreitet, so dass für den Rat klar ersichtlich wird, welche Folgen diese Varianten haben bzw. in wie weit diese mit den heutigen Stellenprozenten abgedeckt werden können.

Ich bitte Sie, beiden Anträgen stattzugeben. Das Team ist motiviert und bereit, sich der Evaluation zu stellen.

Im Übrigen hat die Gemeinde Untersiggenthal letzte Woche an der Winter-Gemeindeversammlung den beiden Anträgen ohne Diskussion und mit lediglich zwei Gegenstimmen zugestimmt. Obersiggenthal sollte also nicht hinten nachstehen.

Uschi Haag: Die SVP Fraktion kann der Verlängerung der Pilotphase zustimmen. An der Einwohnerratssitzung vom 20. Oktober 2005 hat uns damals Gemeinderätin Marie-Louise Nussbaumer erläutert, dass das Jugendnetz seine operative Tätigkeit im August 2006 aufnehmen werde. Die FDP-Fraktion hat an dieser Sitzung einen Antrag gestellt, dass man erst einmal eine 3-jährige Pilotphase einführen wolle, was auch klar angenommen wurde. Also wäre die Pilotphase sowieso erst im August 2009 zu Ende.

Uns ist nun nicht klar, warum es am Ende dieser Pilotphase noch eine externe Evaluation braucht. Die SVP ist der Meinung, dass die Pilotphase mit einer internen Evaluation abgeschlossen werden kann. Wir wollen ja unsere Finanzen wieder ins Lot bringen. Haben wir da wirklich 10'500 Franken übrig für eine solche Erhebung?

Die SVP stellt somit den **Antrag, Punkt 2 des gemeinderätlichen Antrags zu streichen und folgendermassen ab zu ändern:**

Der vorliegende Bericht sei zu genehmigen und einer Verlängerung der Pilotphase bis 31.12.2009 zuzustimmen. Auf Ende dieser Pilotphase sei dem Einwohnerrat von den Verantwortlichen des Jugendnetzes (Jugendarbeit und Schulsozialarbeit) ein interner Bericht über diese Pilotphase vorzulegen.

Hans-Peter Uehli: Ich möchte vorausschicken, dass die Mitglieder der FDP-Fraktion beide Anträge unterstützen, also auch den der externen Evaluation. Trotzdem möchte ich ein paar kritische Bemerkungen anbringen. Ich möchte auf folgende Punkte näher eingehen:

1. Positive Rückmeldung der Schulsozialarbeit
2. Keine Notwendigkeit einer Verlängerung der Pilotphase
3. Ziel der externen Evaluation
4. Gedanken zum Antrag des Gemeinderates

Am 23. September 2008 haben Dieter Martin und ich mit dem Stellenleiter Jugendnetz, Wimi Wittwer, und der Schulsozialarbeiterin Marianne Hintermann ein Gespräch zu diesem Antrag geführt.

Zur Schulsozialarbeit habe ich aus Kreisen unserer Schule sehr positive Rückmeldungen erhalten. Die Schulsozialarbeit ist ein Angebot, das von Schülern und Lehrkräften rege benützt wird. Sie ist einige der wenigen Massnahmen – seit der Einführung der geleiteten Schule – die verschiedene Lehrer echt entlastet. Sie bringt mehr Ruhe in die Klassen und kann dem Lehrer damit helfen, sich auf seine Hauptaufgaben, dem Vermitteln von Bildung und Wissen, zu konzentrieren. Ich konnte diesen beiden Personen deshalb ein äusserst positives Feedback mitgeben.

Die FDP-Fraktion erachtet eine Verlängerung der Pilotphase aber auch als unnötig. Der damalige Antrag der FDP, der mit 24 zu 9 Stimmen angenommen wurde, lautete wie folgt: „Die FDP-Fraktion beantragt Ihnen, diese Veränderungen erst in einer dreijährigen Projektphase auf ihre Wirkung hin zu prüfen.“ Weil das Jugendnetz seine Arbeit aber erst Ende 2006 aufgenommen hat, läuft das Projekt auch erst seit zwei Jahren.

Dem Gespräch konnte auch entnommen werden, dass das Ziel der externen Evaluation darin besteht, zu begründen und zu beantragen, dass die Schulsozialarbeit auch auf die Unterstufe ausgedehnt werden soll. Diese Zielsetzung deckt sich eindeutig nicht mit dem damaligen Antrag der FDP, der eine Pilotphase verlangt hat um (Zitat) „diese Veränderungen auf ihre Wirkung hin zu prüfen.“ Das muss eigentlich das Hauptziel der externen Evaluation bleiben.

Nach meinem Verständnis geht es bei einer externen Evaluation darum, festzustellen, ob die ursprünglich festgelegten Anforderungen erreicht worden sind und welche Massnahmen nötig werden, die Anforderungen besser zu erfüllen. In diesem Zusammenhang habe ich den damaligen Antrag vom September 2005 und das Protokoll zur Sitzung nochmals konsultiert.

Marie-Louise Nussbaumer hat dazumal angeführt, das übergeordnete Ziel der neu konzipierten Jugendarbeit sei die Prävention. Im Kreditantrag steht unter „das Wichtigste in Kürze“: „Sie soll präventiv gegen Gewalt, Vandalismus, Suchtverhalt usw. wirksam werden“. Aber im vorliegenden Bericht steht unter „das Wichtigste in Kürze“: „Die Stellenpensen der Schulsozialarbeit sind relativ klein, deshalb kann kaum Prävention betrieben werden.“ Das enttäuscht uns sehr. In der externen Evaluation geht es uns wirklich darum, die Wirkung der Schulsozialarbeit zu beurteilen. Dabei reicht es nicht, Stundenrapporte vorzulegen, die belegen sollen, wofür die Stunden eingesetzt worden sind.

Zum Antrag des Gemeinderates habe ich mich gefragt, ob die Verhältnismässigkeit noch gewahrt ist, wenn ein Einwohnerrat einen existenziell wichtigen Finanz- und Investitionsplan nur zur Kenntnis nehmen soll, er aber einen Zwischenbericht zum Jugendnetz genehmigen muss und über einen Kreditantrag von 10'500 Franken beschliessen muss. Das verstehe ich nicht.

Therese Schneider: Zum Inhalt der Evaluation gehe ich mit dir absolut einig. Mittlerweile hat ein Gespräch mit einem möglichen Fachberater stattgefunden, der in erster Linie die Wirkung erheben sollte. Als das Konzept 2003 für die Schulsozialarbeit geschrieben worden ist, steckte noch alles in den Kinderschuhen. Der effektive Aufwand, der die Schulsozialarbeit hat, besteht zu 100 % aus Einzelgesprächen an der Oberstufe. Mit ihren 50 Stellenprozenten ist Marianne Hintermann an der Oberstufe vollkommen ausgelastet. Das konnte aber dazumal nicht so eingeschätzt werden. Wir würden gerne Prävention betreiben. Wenn wir an der Unter- und Mittelstufe Präventionsarbeit leisten könnten, hätten wir vermutlich an der Oberstufe auch weniger Fälle. Aufgrund der bewilligten Stellenprozente können wir dies aber schlicht nicht prästieren.

Elisabeth Ochsner: Die CVP-Fraktion stimmt der Verlängerung der Pilotphase des Jugendnetzes einstimmig zu. Wir unterstützen auch das Anliegen der Jugendkommission für eine externe Evaluation. Anhand von Umfragen wurde deutlich, wie wichtig die Schulsozialarbeit für Schüler und Lehrer geworden ist. Die heutigen Stellenprozente decken aber lediglich die Nachfrage der Oberstufe, obwohl die Nachfrage auch bei der Primarschule sehr gross ist.

Abstimmungen

Dem Antrag 1 des Gemeinderates wird **einstimmig zugestimmt**.

Antrag 2 des Gemeinderates für externe Evaluation, Kosten von Fr. 10'500
Antrag der SVP-Fraktion für interne Evaluation

Mehrheit
Minderheit

Dem Antrag des Gemeinderates wird grossmehrheitlich **zugestimmt**.

Hauptabstimmung

Dem Bericht mit der Verlängerung der Pilotphase und der Durchführung einer externen Evaluation mit Kosten von 10'500 Franken wird grossmehrheitlich zugestimmt.

—

Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

6 2008/123 Ersatz des schweren Rüstfahrzeuges (Pionier) der Feuerwehr; Kredit von 462'000 Franken

Josef E. Sieber: Die CVP-Fraktion stellt den **Antrag, dieses Geschäft heute nicht zu behandeln.** Anlässlich der letzten Sitzung vom 16. Oktober 2008 wurde eine einwohnerrätliche Arbeitsgruppe eingesetzt, die den Auftrag hat, die Dienstleistungen und Investitionen der Gemeinde zu überprüfen, mit dem Ziel, unsere finanzielle Situation nachhaltig zu verbessern. Es wäre ungeschickt, wenn wir heute – nur eine Sitzung später – dieser Arbeitsgruppe wieder vorgeifen. Über den Steuerfuss muss im Übrigen nochmals an der Urne abgestimmt werden. Entsprechend ungeschickt wäre es gegenüber dem Stimmbürger, wenn wir schon wieder Geld sprechen würden. Gemäss den vorliegenden Unterlagen ist die Offerte bis 31. Mai 2009 gültig, weshalb die Zeit reicht, dieses Geschäft an der März-Sitzung zu besprechen. Gemäss Aussagen von Feuerwehrfachleuten ist es zu verantworten, bis zur nächsten Sitzung abzuwarten.

Erich Rinderknecht: Die Mehrheit der FDP-Fraktion war an der Orientierung vom 20. November 2008 im Feuerwehrmagazin anwesend. Die Beschaffungskommission und der Feuerwehrkommandant haben sehr umfassend, kompetent und meiner Ansicht nach ehrlich über den derzeitigen Zustand dieses Pioniers aufgeklärt. Sie haben in der Folge zu den kritischen Fragen zur Ersatzbeschaffung Stellung bezogen. Die Arbeitsgruppe unserer Feuerwehr hat umsichtige und zielgerichtete Arbeit geleistet, die von der FDP-Fraktion sehr geschätzt wird. Auch wenn das rund 23-jährige Fahrzeug auf den ersten Blick einen sehr guten und gepflegten Eindruck hinterlässt, sieht es bei genauerer Betrachtung anders aus. Wir fragen uns, ob es wirklich sinnvoll ist, für die unausweichliche Fahrzeugvorführung nochmals rund 70'000 Franken zu investieren. Für das wirtschaftlich günstigste Angebot der Firma Feumotech für ein neues Pionierfahrzeug müssen wir zu Lasten unserer Gemeinde mit einem Betrag von 313'000 Franken rechnen. Auch wenn dieser Betrag rund 4,5-mal so hoch ist, wie die Instandstellungskosten für das alte Fahrzeug, scheint uns dieser Betrag im Sinne der Sicherheit gerechtfertigt. Die FDP-Fraktion erachtet den baldigen Ersatz des Pioniers für gerechtfertigt. Trotzdem kommen wir zum selben Schluss wie die CVP. Unsere Fraktion will vor der entsprechenden Kreditbewilligung für diese Ersatzbeschaffung die Arbeit der neu gebildeten Arbeitsgruppe ebenfalls abwarten. Wir halten aber ausdrücklich zu Handen der Feuerwehr fest, dass das keine Ablehnung des Kreditbegehrens ist. Aber wir unterstützen den Antrag der CVP.

Patrick Hehli: Die Beschaffungskommission hat am 20. November 2008 eine ausführliche und fundierte Informationsveranstaltung abgehalten. Leider waren von 40 Einwohnerräten beschämenderweise lediglich deren 7 anwesend. Ich staune deshalb, dass die Notwendigkeit einerseits anerkannt wird aber man nicht begreift, wie dringend die Notwendigkeit für eine Ersatzbeschaffung ist. Wir sprechen von Sicherheit und es ist mir bewusst, dass es dabei wieder um viel Geld geht. Es ist mir klar, dass die Arbeitsgruppe am kommenden Montag erstmals tagt. Es ist auch ehrenvoll für diese Arbeitsgruppe, dass so viele Erwartungen in sie gesetzt werden. Sollte die Arbeitsgruppe wider Erwarten Tausende von Franken finden, vergeht auch erst wieder einige Zeit, bis Verpflichtungen gekündigt werden können oder die Einsparungen zum Tragen kommen. Die finanzielle Situation ist im März nicht zwingend anders. Die Sicherheit ist in einem Brandfall mit diesem Fahrzeug nicht mehr gewährleistet. Jeder, der vor Ort war, konnte sich davon überzeugen, dass der Pionier von aussen zwar noch gut aussieht, jedoch bezüglich Funktionalität und Mechanik nicht mehr überzeugt. Deshalb ist es auch unsere Pflicht, zu Gunsten der Sicherheit, in einer ungünstigen Situation eines ungenehmigten Budgets, den Mut aufzubringen, heute Abend eine Entscheidung zu fällen. Ich bitte Sie deshalb, das Pionierfahrzeug heute Abend zu behandeln.

Hans-Ulrich Schütz: Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag der CVP. Wenn wir die Arbeitsgruppe ernst nehmen wollen, müssen wir dieses Geschäft auf die nächste Sitzung verschieben.

Hans Rudolf Hess: Ich möchte mich nur zum Rückstellungsantrag äussern und möchte es nicht unterlassen, für die positive Aufnahme im Voraus zu danken. Ich habe für die Rückstellung

gewisses Verständnis aufgrund der jetzigen Situation, in der die Arbeitsgruppe seine Arbeit aufnehmen sollte. Die Feuerwehr hat die Offertgültigkeit offenbar wohlweislich weit hinaus geschoben. Trotzdem möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, dass an der Oktober-Sitzung davon die Rede war, dass an der kommenden März-Sitzung lediglich über die Finanzen diskutiert werden sollte. Auf die Traktandierung weiterer Sachgeschäfte sollte verzichtet werden. Dann müssten Sie Ihre Aussage jetzt ändern oder erlauben, dass wir im März eine zweite Sitzung anberaumen dürfen. Denn bis Ende März 2009 müsste dieses Geschäft wenn irgendwie möglich abgeschlossen werden können, weil nachher noch eine Referendumsfrist läuft. Ansonsten würde die Offertgültigkeit doch noch auslaufen. Wir sollten noch genügend Zeit haben, das Fahrzeug zu bestellen resp. die Instandstellungsarbeiten am alten Pionier ausführen zu lassen, sofern Sie nicht zustimmen würden. Ich insistiere nicht, dass dieses Geschäft unbedingt heute behandelt werden soll. Ich bin mir auch bewusst, dass ich keine Mehrheit erreichen würde. Bedenken Sie aber, dass das Geschäft im März behandelt werden muss.

—

Paul Vogelsang: Bevor ich abstimmen kann möchte ich schon wissen, ob es nun im März 2009 eine zweite Sitzung gibt oder ob dieses Geschäft anlässlich der Finanz-Sitzung behandelt werden soll.

Andreas Schweizer: In einem ersten Gespräch mit dem Gemeindeammann wurde vorgeschlagen, nach der ausserordentlichen Sitzung, die vorher abgehalten werden muss, eine weitere, ordentliche Sitzung anzuberaumen, um diese Geschäfte zu behandeln. Diese würde 1 bis 2 Wochen nach dem 12. März 2009 stattfinden.

Ueli Zulauf: Ich kann mir schlicht nicht vorstellen, dass die Offerte nicht verlängert werden kann. Auch eine Firma, die im Wettbewerb steht, wird die Einsicht haben, dass eine zeitliche Verschiebung durch einen Entscheid eines demokratisch gewählten Gremiums entstehen kann. Auch bezüglich Vorführtermin kann ich mir nicht vorstellen, dass das Strassenverkehrsamt sich als staatliche Behörde nicht den demokratischen Gepflogenheiten anpassen kann. Ich möchte mich dagegen wehren, dass wir eines Feuerwehrfahrzeuges wegen eine Extra-Sitzung anberaumen müssen. Ich möchte den Gemeinderat auffordern, alles daran zu setzen, dass die Offertgültigkeit verlängert werden kann.

Hans Rudolf Hess: Bei der Einhaltung einer Offertgültigkeit geht es nicht nur um den, der den Zuschlag erhält sondern auch um die, die den Auftrag nicht erhalten haben. Auch diese haben das Recht, dass die Offertgültigkeit eingehalten wird. Sonst könnten Einwände kommen, dass bei einer längeren Laufzeit zum selben Preis hätte offeriert werden können. An die Bestimmungen des Submissionsdekrets sind wir gebunden und müssten deshalb neu ausschreiben, wenn wir die Offertgültigkeit verstreichen lassen. Den alten Pionier müssen wir im Dezember 2009 vorführen. Wenn wir einen neuen Pionier bestellen ist das Strassenverkehrsamt bereit, den Vorführtermin bis zur Lieferung zu verschieben. Dies ist aber meist auf ein halbes Jahr beschränkt. Je nachdem, wie lange der Vorführtermin verschoben wird, kann es sein, dass eine Mini-Vorführung nötig wird, um die Bremsen, die Lenkung etc. zu prüfen. Im Übrigen kommen wir nachher zu einem weiteren Geschäft, das ähnliche Bedingungen aufweist.

Erich Rinderknecht: An der Orientierungsveranstaltung wurde schnell deutlich, dass es nicht sinnvoll wäre, so viel Geld zu investieren, um das alte Fahrzeug funktionstüchtig zu erhalten. Dieses Geschäft ist wohl ausserordentlich, weshalb es sinnvoll wäre, es anlässlich der Finanz-Sitzung im März 2009 zu besprechen. Die FDP ist bereit, dieses Geschäft anlässlich dieser Sitzung zu diskutieren. Ich stelle den **Antrag, dass der Rat einer Traktandierung dieses Geschäfts anlässlich der März-Sitzung zustimmt.** Dann liegen uns gleichzeitig weitere Informationen seitens der Arbeitsgruppe vor.

Josef E. Sieber: Ich bin damit einverstanden, dass man meinen Antrag so auslegt.

Fabian Humbel: Ich möchte dem Geschäft Sternenstrasse nicht vorgreifen, aber die Thematik wird dieselbe sein. Ich möchte Sie bitten, im Fokus zu behalten, dass für die März-Sitzung ein

zweites Geschäft dazukommen könnte. Ich zweifle jedoch daran, ob der Einwohnerrat an der gleichen Sitzung, an der er über die Ergebnisse der Arbeitsgruppe orientiert wird, bereits in der Lage ist, über diese beiden Sachgeschäfte zu entscheiden. Ich bitte Sie deshalb, auf diese beiden Geschäfte einzutreten und einen Entscheid zu fällen, wenn Sie die sachliche Notwendigkeit anerkennen.

Walter Leder: Weil das Projekt Sternenstrasse nicht sicherheitsrelevant ist, schlage ich vor, dass dieses Geschäft an der Juni-Sitzung und der Pionier an der März-Sitzung behandelt wird.

Paul Vogelsang: Wie gesagt, ist die Notwendigkeit gegeben und eigentlich soll der Kredit ja gesprochen werden. Im März werden wir keine andere finanzielle Situation aufweisen. Wieso also, können wir diesen Geschäften nicht heute schon zustimmen? Es ist glaub allen klar, dass es sich nicht lohnt, das alte Fahrzeug zu revidieren.

—

Abstimmung

Ordnungsantrag von Erich Rinderknecht um Traktandierung des Geschäfts „Pionier“ anlässlich der ausserordentlichen Finanz-Sitzung im März 2009.

Dem Ordnungsantrag wird grossmehrheitlich **zugestimmt**.

—

Antrag von Josef E. Sieber (CVP) um Rückstellung des Geschäfts auf die März-Sitzung 2009.

Der Rückstellung wird grossmehrheitlich **zugestimmt**.

7 2008/117 Motion Erich Schmid (CVP); Varianten bei Vorlagen zur Sanierung von Quartierstrassen; Der Gemeinderat beantragt Entgegennahme als Postulat

Andreas Schweizer: Der Gemeinderat ist bereit, die Motion als Postulat entgegen zu nehmen. Gleichzeitig wird über die Erheblicherklärung abgestimmt.

Erich Schmid: Ich bin mit dem Vorschlag des Gemeinderates einverstanden.

—

Abstimmung

Die Motion Erich Schmid wird in ein Postulat umgewandelt und grossmehrheitlich für erheblich erklärt.

8 2008/124 Sternenstrasse Ost, Nussbaumen: Strassen-, Wasserleitungs- und Kanalisationssanierung; Projekt und Kredit von 425'000 Franken

Michael Brandmaier: Die FDP-Fraktion stellt auch hier **Antrag um Rückstellung** aus den zum Geschäft Pionier vorgebrachten Gründen.

Bettina Lutz: Ich schliesse mich meinem Vorredner an. Auch die CVP-Fraktion stellt den Antrag, das Geschäft heute nicht zu behandeln und für eine folgende Einwohnerratssitzung neu zu traktandieren. Wir möchten zuerst die Ergebnisse der einwohnerrätlichen Arbeitsgruppe erfahren.

Rolf Feitknecht: Die SVP-Fraktion ist klar der Meinung, dass wir auf dieses Geschäft eintreten sollten. Aufgrund der vorliegenden Situation stellen wir den **Ordnungsantrag um Verschiebung auf die März-Sitzung.**

Fabian Humbel: Ich möchte nochmals zur Eintretensfrage etwas sagen: Ich möchte Ihnen die drei Szenarien für dieses Geschäft und die entsprechenden Konsequenzen erläutern:

Szenarium 1: Sie können auf das Geschäft eintreten und es diskutieren.

Szenarium 2: Sie können heute nicht eintreten und das Geschäft auf die ausserordentliche resp. separate Sitzung verschieben. Dann können wir dieses Projekt, wie offeriert, nur mit viel Glück im Jahr 2009 ausführen.

Szenarium 3: Sie können das Geschäft aber auch auf die Juni-Sitzung verschieben und dann werden wir neu ausschreiben müssen. Wieso dies? Für die Ausführung dieses Projekts steht uns ein gewisses Zeitfenster zur Verfügung. Wir können nicht alle Arbeiten im Winter ausführen. Andererseits enthält die Ausschreibung klare Spielregeln wie einen Ausführungszeitplan, der genauso zu den Spielregeln gehört wie der Preis oder die Qualität. Wenn wir diese Spielregeln umgehen, könnte sich ein Mitbewerber entsprechend wehren. Das Geschäft wird mit einem Kredit von 425'000 Franken beantragt. Im Investitionsplan war bereits mehr enthalten. Die Kostenschätzungen beruhten auf dem Projekt Hanfgarten. Bei der nachträglichen Ausschreibung konnten wir davon Kenntnis nehmen, dass rund 100'000 Franken tiefer offeriert wurde. Das Preisniveau ist nochmals sehr stark gesunken. Aus Erfahrung wissen wir, dass der Ausschreibungszeitpunkt für die Preise relativ entscheidend ist. Die Bauwirtschaft ist eine konjunkturell schnell reagierende Branche. Ich kann Ihnen nicht garantieren, dass dieses Geschäft preislich gleich ausfallen wird, wenn wir es erst im Juni bewilligen.

Dieter Lüthi: Die Informationen von Fabian Humbel und Hans Rudolf Hess leuchten ein. Wir haben ursprünglich eine spezielle Sitzung zur Besprechung der Finanzen verlangt. Jetzt bestehen offenbar zwei Traktanden, die dringend sind. Ich schlage Ihnen deshalb vor, dass wir im März 2009 zwei Sitzungen machen. Es müssen ja nicht immer 15 Traktanden behandelt werden.

Hans Rudolf Hess: Beim Feuerwehrfahrzeug wurde der Einwand erhoben, dieses wäre sehr wichtig aber die Kanalisation könne noch verschoben werden. Ich bitte Sie deshalb eingehendst, diesen Sachverhalt genau zu studieren. Im Zusammenhang mit der Überwachung des Limmat-Grundwasserstroms während dem Kraftwerkbau mussten wir mehr als einmal ausserordentliche Verschmutzungen feststellen. Man hat festgestellt, dass das verschmutzte Wasser von der Obersiggenthaler Seite her kam. Man hat aber nie genau herausgefunden, woher genau die Verschmutzung kam. Die Kanalisationsuntersuchungen haben dann aber gezeigt, dass diese in einem desolaten Zustand ist. Dabei geht es um die Sicherheit unseres Trinkwassers. Im Vergleich zum Feuerwehrfahrzeug ist diese Vorlage also nicht minder wichtig. Das Gewässerschutzgesetz spricht eine deutliche Sprache. Alle undichten Kanalisationsanlagen müssen saniert werden. Sie haben ein Gelöbnis abgelegt, dass Sie nach Verfassung und Gesetz handeln wollen.

Erich Rinderknecht: Das sind für uns wieder neue Informationen. Dann spricht ja alles dafür, dass wir uns im März 2009 innerhalb von 14 Tagen zweimal zu einer Einwohnerratssitzung treffen. Dann wäre es sicher sinnvoll, dass das Feuerwehrfahrzeug und die Kanalisation Sternenstrasse zusammen behandelt werden. Dann liegen uns auch die Ergebnisse der Arbeitsgruppe vor. Dann beharre ich nicht darauf, dass diese Geschäfte anlässlich der Finanzsitzung besprochen werden müssen.

Paul Vogelsang: Wir sprechen immer von Wünschenswertem und Nötigem. Diese zwei Vorlagen sind nötig. Wenn die Kommission nun schlechten Bericht vorlegt, schiessen wir diese beiden Geschäfte dann einfach ab? Ob wir diesen Projekten heute oder im März zustimmen, macht kein Unterschied, denn sie sind nötig.

Fabian Humbel: Wissen Sie im März wirklich mehr? Bei jedem Budget diskutieren wir immer wieder über Aufwendungen bei Planungen, die gekürzt werden sollen. Wenn wir die Projekte verschieben, verursachen sie wieder neue Aufwendungen. Ich kann Ihnen kein dringenderes

Projekt nennen. Die Arbeitsgruppe wird sicher über diese Investitionen diskutieren. Nebst diesen zwei Geschäften haben wir aber weitere Investitionen. Ich bin sehr dafür, dass die eingesetzte Arbeitsgruppe ernst genommen wird. Ich bin aber auch dafür, dass wir die Arbeitsgruppe nicht mit Geschäften belasten, die eigentlich bezüglich der Dringlichkeit unbestritten sind.

Erich Rinderknecht: Du magst Recht haben, Fabian, aber wir haben eine Volksabstimmung hinter uns, bei der die Steuerfusserhöhung abgelehnt worden ist. Wir sollten nun ein Zeichen setzen, dass wir diesen Entscheid auch respektieren und die Arbeitsgruppe vorerst ihre Arbeit machen lassen. Vielleicht müssen wir in dieser ausserordentlichen Situation auch zu ausserordentlichen Massnahmen greifen und so beweglich sein, uns im März 2009 für zwei Sitzungen treffen zu können. Solche Massnahmen werden vermehrt nötig werden. Deshalb laden wir Leserbriefschreiber auch persönlich ein, um sie anzuhören und mit ihnen das Gespräch zu suchen.

Andreas Schweizer: Ich frage Sie an, ob Sie bereit sind, im März zwei Sitzungen durchzuführen? Eine erste ausserordentliche, die ausschliesslich für die Diskussion der Finanzlage genutzt wird und eine zweite, die dringliche Sachgeschäfte behandelt. Voraussichtlich wird die zweite eine Woche nach der ersten angesetzt.

—

Abstimmungen

Ordnungsantrag von Rolf Feitknecht (SVP) um Ansetzung einer zweiten Sitzung im März 2009.

Dem Ordnungsantrag wird **grossmehrheitlich zugestimmt**.

—

Ordnungsantrag von Michael Brandmaier (FDP) und Bettina Lutz (CVP) um Rückstellung des Geschäfts auf die März-Sitzung 2009.

Der Rückstellung wird grossmehrheitlich **zugestimmt**.

—

9 2005/164 Kreditabrechnung Sanierung Rainstrasse West (Strasse, Wasser, Abwasser)

Linus Egger, Präsident Finanzkommission: Das Ergebnis der Kreditabrechnung ist sehr erfreulich. Immer wieder stellen wir fest, dass wir gegenüber dem Kreditantrag günstiger abschliessen. Ich habe mich dann erkundigt, wie diese Preise jeweils zustande kommen. Dabei werden Vergleichswerte der letzten 2 – 3 Projekte herbeigezogen. Die Finanzkommission war trotzdem der Meinung, dass diese Thematik mit den Ingenieurbüros angesprochen werden sollte, weil die Unterschreitungen teilweise bis 36 % ausmachen. Ich verlange heute keine Antwort, möchte aber, dass unser Anliegen mal aufgenommen wird.

Fabian Humbel: Ich gebe trotzdem schon eine Antwort. Wie vorher bei der Sternenstrasse ausgeführt, haben wir zum Vergleich die Preise des Projekts Hanfgarten beigezogen. Kein anderes Projekt lag zeitlich näher, um als Referenz zu dienen. Tatsächlich ist es aber so, dass wir momentan einen Preiszerfall feststellen, dass wir uns die Augen reiben. Wir versuchen aber immer, realistische Zahlen zu erheben. Möglicherweise müssen wir aber auch mal eine Trendwende feststellen und dann könnten die Kreditabrechnungen Überschreitungen aufweisen.

—

Abstimmung

Der Kreditabrechnung Sanierung Rainstrasse West wird einstimmig zugestimmt.

10 2004/133 Postulat CVP vom 2. Dezember 2004 betreffend Schutz vor Bahnlärm; Abschreibung von der Kontrolle

Das Wort wird nicht verlangt.

—

Abstimmung

Der Abschreibung des Postulats CVP vom 2. Dezember 2004 betreffend Schutz vor Bahnlärm wird einstimmig zugestimmt.

11 2006/29 Postulat Walter Leder vom 19. Juni 2006 betreffend Schaffung eines zusätzlichen Sportplatzes in der Gemeinde Obersiggenthal; 2. Bericht

Andreas Schweizer: Ein erster Bericht wurde bereits diskutiert. Nun soll ein zweiter Bericht gutgeheissen und das Postulat abgeschrieben werden.

Walter Leder: Das Wichtigste vorweg: Ich werde dem Antrag des Gemeinderates zustimmen. Ich möchte aber auch Ressortvorsteher Fabian Humbel und den beteiligten Mitarbeitenden im Gemeindehaus für ihre Arbeit danken. Es haben mir Zahlen zwischen 1.26 und 3.03 Mio. Franken für einen Fussballplatz vorgelegen. Mein Postulat hat eigentlich nur nach einer grünen Fläche, die zum Fussballspielen benützt werden kann, begehrt. Schlussendlich wurde sehr viel hineingeplant, was nicht Sinn und Zweck des Postulats entsprach. Es ist fast wie bei einem neuen Stadionprojekt: man kann nicht nur einen Fussballplatz erstellen, sondern die Migros will dann dort noch einen Laden eröffnen und die UBS erstellt Büroräumlichkeiten. So schlimm war's bei uns natürlich nicht, aber es beinhaltete schlussendlich mehr, als ich mir vorgestellt hätte. Mit Recht wurde aber auch darauf hingewiesen, dass es in der heutigen Zeit nicht mehr so einfach ist, einen neuen Fussballplatz zu schaffen. Es ist eben nicht nur eine plane Fläche, die begrünt wird. Möglicherweise ist sie bereits als Fruchtfolgefläche verpachtet, was die Nutzung als Fussballplatz verunmöglicht. Das Fazit ist eigentlich traurig. Obersiggenthal wird flächenmässig nicht grösser und eine Erweiterung von Flächen für die sportliche Nutzung ist nicht mehr möglich.

Ich möchte doch noch folgenden **Antrag** stellen: **Der Gemeinderat holt mindestens zwei Offerten für die Errichtung einer Flutlichtanlage auf der Schwimmbadwiese ein und nimmt den Betrag im Budget 2010 auf.** D.h. im Oktober 2009 werden wir dem Budget entnehmen können, was eine solche Anlage kostet, basierend auf einer Offerte und ohne einfach den Daumen in die Luft zu halten.

Andreas Schweizer: Einen solchen Antrag kann ich nicht einfach so entgegennehmen. Du müsstest ein Postulat einreichen. In diesem Rahmen kannst du lediglich einen Wunsch formulieren.

Fabian Humbel: Das Votum habe ich aufgenommen. Meines Erachtens brauchst du, Walter, auch kein Postulat oder eine Motion einzureichen. Die Option einer Flutlichtanlage wird ohnehin geprüft. Bezüglich „Daumen in die Luft halten“: Die Bauverwaltung hat Erhebungen getätigt, die von einem Experten bestätigt wurden resp. der die Kosten sogar noch höher angesetzt hat. Auch die Bauverwaltung generiert Kosten für solche Planungen, diese Aktion war nicht gratis.

—

Abstimmung

Der Bericht des Gemeinderates wird einstimmig genehmigt. Der Abschreibung des Postulats Walter Leder (CVP) vom 19. Juni 2006 betreffend Schaffung eines zusätzlichen Sportplatzes wird einstimmig zugestimmt.

12 2008/116 Postulat Christa Ochsner (CVP); Attraktivitätssteigerung Hallen- und Gartenbad; Erheblicherklärung; Der Gemeinderat ist nicht bereit, das Postulat entgegenzunehmen

Christa Ochsner: Unabhängig von meinem Postulat hat die Schwimmbadgenossenschaft bereits ein Entwicklungsleitbild erarbeitet. Meine Ideen zur Attraktivitätssteigerung sind darin enthalten, womit meine Forderung bereits erfüllt ist. Kleinere Massnahmen zur attraktiveren Gestaltung werden fortlaufend umgesetzt, wenn dies die Finanzen zulassen. Aufgrund der schwierigen finanziellen Lage der Gemeinde **ziehe ich mein Postulat zurück.**

Andreas Schweizer: Damit wird das Postulat von der Kontrolle **abgeschrieben.**

13 2008/125 Postulat Mike Weber (CVP) betr. Zusammenlegung von Kommissionen mit Nachbargemeinden; Erheblicherklärung; Der Gemeinderat ist nicht bereit, das Postulat entgegen zu nehmen

Max Läng: Der Gemeinderat ist nicht bereit, das Postulat entgegen zu nehmen, weil weder eine Notwendigkeit, noch Synergieeffekte oder finanzielle Einsparungen zu erkennen sind.

Der Gemeinderat hat bereits vor einiger Zeit die Kommissionen kritisch überprüft und auf das absolut Notwendige reduziert. Viele Kommissionen erfüllen temporäre Aufgaben, wie beispielsweise die Baukommissionen. Viele Kommissionen erfüllen Aufgaben, die sich ganz spezifisch nur auf unsere Gemeinde beziehen, wie die EDV-Kommission, die Energie- und Umweltkommission, die Kulturkommission, die Natur- und Heimatschutzkommission, die Sportkommission sowie die Verkehrskommission. Diese Kommissionen befassen sich ausschliesslich mit den Verhältnissen in unserer Gemeinde.

In einigen Bereichen arbeitet die Gemeinde bereits mit Nachbargemeinden zusammen, z.B. im Bereich der Jugendarbeit oder in der Planungskommission hat der Bauverwalter von Ennetbaden Einsitz. Wenn es sich um gemeindeübergreifende Arbeiten handelt, dann ist es selbstverständlich, dass wir uns mit den Nachbarn in Verbindung setzen (z.B. Überprüfung der Zusammenlegung der Feuerwehr, Wasserkommission bezüglich Notwasserversorgung, Bereich Entsorgung: Vertretung im Vorstand KVA, Abwasser: Vertretung im Vorstand Abwasserverband Baden-Wettingen, Fernwärme: Vertretung im Verwaltungsrat, Bereich Entsorgung: Diskussionen mit Baden Regio).

Der finanzielle Aufwand unserer Kommissionen liegt bei rund 24'000 Franken. Generell muss man sagen, dass grössere Gremien immer aufwendiger sind und vermieden werden sollten. Der Gemeinderat sieht keine triftigen Gründe, unsere Kommissionen mit Nachbargemeinden zusammenzulegen. Wir ersuchen Sie deshalb, den Vorstoss abzulehnen.

Michael Weber: In den meisten Punkten gehe ich mit Ihnen einig, trotzdem vertrete ich auch noch andere Ansichten: Gerade die Verkehrskommission behandelt auch regionale oder überregionale Probleme. Mein Postulat zielt nicht in erster Linie auf die Kosten ab, sondern auf die Zusammenarbeit in Bereichen, wo noch Potenzial besteht. Davon ist auch eine Energiekommission oder eine Baukommission nicht ausgenommen. Verschiedene energiepolitische oder -technische Angelegenheiten könnten in Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden u.U. besser gelöst werden (z.B. Solaranlagen). Ich bin der Meinung, dass es sicher drei bis vier Kommissionen gibt, die näher unter die Lupe genommen werden müssten. Wenn keine Zusammenarbeit möglich sein sollte, werde ich einer solchen Kommission den möglichen Handlungsspielraum gerne aufzeigen. Ich ziehe mein Postulat deshalb nicht zurück.

—

Abstimmung

Das Postulat Mike Weber (CVP) wird mit 23 Ja zu 12 Nein bei 3 Enthaltungen **überwiesen.**

14 2008/126 Motion Josef Sieber (CVP) betr. tiefere und regional einheitlichere Abfallgebühren; Erheblicherklärung; Der Gemeinderat ist nicht bereit, die Motion entgegen zu nehmen.

Andreas Schweizer: Der Gemeinderat hat zur vorliegenden Motion einen Bericht und Antrag verfasst, möchte die Motion in ein Postulat umwandeln und gleichzeitig von der Kontrolle abschreiben.

Josef E. Sieber: Vorerst danke ich dem Gemeinderat, dass er so schnell einen Bericht erarbeitet hat. Auch bei diesem Geschäft geht es um Finanzen resp. um Abfallgebühren. In Obersiggenthal bezahlen wir für einen 35 l-Sack Fr. 2.20. Das sind 22 % mehr als in Baden und sogar 30 % mehr als in Neuenhof. Wieso ist das so? Wir gehören doch demselben Abfallverbund an, der Kehrriech wird auch in Turgi verbrannt. Hohe Abfallgebühren sind nicht nur finanziell unangenehm. Hohe Abfallgebühren fördern auch die wilde Entsorgung von Müll. Bekanntlich ist das auch in Obersiggenthal ein Ärgernis. Das schadet dem Erscheinungsbild und der Wohnqualität unserer Gemeinde. Dass der Gemeinderat die Gebühren auf nächstes Jahr um 5 % senken will, ist sehr erfreulich. Der AZ vom 23. September 2008 konnte aber entnommen werden, dass Baden die Gebühren auch senken wird, und zwar in grösserem Ausmass. Ab 1. Januar 2009 sind wir also sagenhafte 40 % teurer als Baden. Hier besteht Handlungsbedarf. Möglicherweise sollte auch unser Abfallreglement von anno 1988 auf seine Aktualität hin überprüft werden. Mittlerweile habe ich aber erfahren, dass Baden Regio die Problematik der Abfallgebühren ebenfalls aufgenommen hat und eine Analyse durchführt. Ich schlage deshalb vor, dass der Gemeinderat das Resultat von Baden Regio abwartet und uns dannzumal berichtet, wie wir in der Landschaft stehen und ob allenfalls Massnahmen ergriffen werden müssen. Ich **beantrage** deshalb, **den Antrag 2 des Gemeinderates auseinander zu nehmen. Mit der Umwandlung in ein Postulat bin ich einverstanden. Ich möchte aber nicht, dass es von der Kontrolle abgeschrieben wird.**

Marie-Louise Nussbaumer: Ich weiss, wo Sie das gelesen haben. Leider muss ich Ihnen sagen, dass das keine offizielle Quelle war und es nicht stimmt, dass Baden Regio sich dieser Frage angenommen hat. Baden Regio hat die Gebühren vor Jahren verglichen und versucht, eine gemeinsame Regelung für den ganzen Kehrriech zu finden. Schlussendlich ist Baden Regio aber auch zum Schluss gelangt, dass dies nicht möglich ist. Einerseits, weil es nicht überall möglich ist, bei der Abfallentsorgung gleich vorzugehen, andererseits, weil ein Vergleich kaum möglich ist. Die Unterschiede in den einzelnen Gemeinden sind zu gross. Dass sich der Preis über Gemeinden hinweg nicht vergleichen lässt, haben wir Ihnen in der Vorlage dargelegt – zu unterschiedlich sind die Vorstellungen und Konzepte.

Die Abfallentsorgung ist ein Eigenwirtschaftsbetrieb und muss als Ganzes kostendeckend sein. Für die Festsetzung der Abfallgebühren ist zwar der Preis der Verbrennungskosten in der KVA Turgi ein wichtiger Posten; die geplante Reduktion von 30 Franken je Tonne macht in unserer Gesamtrechnung aber trotzdem nur 5.2 % Prozent aus.

Ausserdem wollen wir die Grünabfuhr unterstützen und machen hier eine Quersubvention.

Zu der leichten Preisreduktion hat sich der Gemeinderat vor gut zwei Monaten schnell entscheiden können. Vielleicht wäre es heute schon schwieriger: Wegen der aktuellen Wirtschaftslage sind die Erlöse für Altpapier und Karton aus Haushaltsammlungen massiv gesunken. Der chinesische Markt, welcher bis anhin grosse Mengen des europäischen Altpapiers abnahm, sei komplett eingebrochen. Die Folge sind massive Überkapazitäten auf dem globalen Markt und eine Preisspirale nach unten. Da können wir gar nichts machen; es schlägt sich aber in unserer Abfallkasse und dann in der Sackgebühr nieder.

Die Finanzkommission hat letztes Jahr die verschiedenen Abfalltarife geprüft und wird nach wie vor mit neuen Daten beliefert. Es lässt sich nicht rechtfertigen, von einem Preis auszugehen, der für Baden gilt. Im Vergleich der Baden Regio-Gemeinden ist Obersiggenthal nicht an der Spitze, aber über alle Preise gesehen im vorderen Bereich. Sie sehen es: Allein aufgrund einer Änderung, und mag diese auf den ersten Blick noch so deutlich sein, lässt sich eine Anpassung kaum rechtfertigen.

Ich bitte Sie, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen und ihn aber gleichzeitig abzuschreiben. Entgegennehmen können wir ihn, weil es tatsächlich möglich ist, die Kehrichtsackgebühren auf Anfang 2009 leicht, nämlich um 5 %, zu senken. Darüber hinaus gehende Preisreduktionen sind aber nicht möglich. Das haben wir Ihnen in der Vorlage, die Sie erhalten haben, erklärt.

Max Läng: Als ich 1998 neu zu Baden Regio gestossen bin, wurde dieses Geschäft gerade behandelt. Diese Datenerhebung war eine Riesenübung. Ziel war es, einheitliche Gebühren mit einem Einheitssack zu schaffen. Schlussendlich entstand ein Papier von rund 40 Seiten und man musste einsehen, dass eine einheitliche Lösung nicht möglich ist, weil die Gemeinden nicht bereit sind, ihre Konzepte den übrigen Gemeinden anzupassen. Das Abfall- und Preisgefüge können wir alleine ja nicht bestimmen. Bei einem Gesamtvergleich liegen wir aber im Mittelfeld resp. oberen Drittel, weshalb wir keine Veranlassung sehen, etwas zu ändern.

—

Abstimmung

Der Entgegennahme der Motion Josef Sieber (CVP) als Postulat mit gleichzeitiger Abschreibung wird mit 25 Ja zu 10 Nein bei 3 Enthaltungen **zugestimmt. Damit wird das Postulat von der Kontrolle abgeschrieben.**

15 2008/127 Umfrage

Eva Eliassen Vecko: Gestern habe ich bemerkt, dass meine Plakatwand in der Breite nach dem Abstimmungswochenende verschwunden ist. Haben andere Parteien ähnliche Erfahrungen gemacht oder weiss jemand etwas über den Verbleib dieser Plakatwände?

Walter Leder: Am 9. Oktober 2008 habe ich der Redaktion Rundschau eine Mail mit der Fraktionsmeinung der CVP zur Oktober-Sitzung geschickt mit der Bitte, den Text in der Rundschau vom 16. Oktober 2008 erscheinen zu lassen. Gleichzeitig haben wir die Nominierung von Max Läng als Grossratskandidat bekannt geben wollen. Leider ist in der Rundschau dann nichts erschienen. Sage und schreibe drei Wochen nach der letzten Einwohnerratssitzung ist die Publikation erschienen. Das war der Hammer! Leider habe nicht nur ich diese Erfahrung machen müssen. Auch die Vereine stellen fest, dass solche Einsendungen nicht rechtzeitig erscheinen. Kann der Gemeinderat bei unserem amtlichen Publikationsorgan nicht einmal insistieren?

Max Läng: Wir werden diese Thematik mit der Rundschau ansprechen. Die Pflichtpublikationen der Gemeinde erscheinen jeweils pünktlich. Wir haben aber auch schon ähnliche Erfahrungen gemacht, wenn es um normale Mitteilungen der Gemeinde geht.

André Kummer: Ich möchte nur mal wieder in Erinnerung rufen, dass wir weiterhin auf die Kostenbremse stehen müssen. Es kann nicht sein, dass wir jetzt wieder unbeschwert Geld ausgeben, weil wir einen Steuerfuss von 98 % beschlossen haben. Es ist wirklich nur noch zu bewilligen, was wirklich notwendig ist.

Andreas Schweizer: Die zweite Sitzung wird mit grösster Wahrscheinlichkeit auf den 19. März 2009 anberaumt. Ich wünsche allen schöne Festtage und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Schluss der Sitzung: 21.55 Uhr

Der Präsident:

Andreas Schweizer:

Die Protokollführerin:

Natalie Sandmeier-Märki